



Für Vorhaben am Bahnhof Pfronten-Ried bräuchte es eine Gesetzesänderung

07.03.2025, 08:03 Uhr



Ortstermin: Bereits im vergangenen Sommer war Bundestagsabgeordneter Stephan Stracke zu Gesprächen rund um die Weiterentwicklung des Areals am Bahnhof Pfronten-Ried vor Ort in der Ostallgäuer Gemeinde. © Abgeordnetenbüro/Andrea Friebe

Sieben Monate hat es gedauert, bis das Bundesverkehrsministerium auf die Anfrage des Allgäuer Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke (CSU) zur Weiterentwicklung des Bahnhofsareals in Pfronten-Ried reagiert hat. Nun liegt die Antwort endlich vor – und sie bestätigt ein Problem: Es braucht eine Gesetzesänderung, damit das Bahnhofsgelände wie geplant genutzt werden kann. Doch laut Stracke gibt es nun die Chance, dieses Problem zu lösen.

Pfronten/Berlin – Schlechte Nachrichten aus Berlin verkündet Stephan Stracke in einer Pressemitteilung: Die Vorhaben rund um den Bahnhof Pfronten-Ried lassen sich wohl erst nach einer Gesetzesänderung verwirklichen. Das geht aus der Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf ein Schreiben des Ostallgäuer Bundestagsabgeordneten hervor. Sieben Monate hat es gedauert, bis das Bundesverkehrsministerium auf die Anfrage Strackes zur Weiterentwicklung des Bahnhofsareals in Pfronten-Ried reagiert hat.

Geplantes Vorhaben am Bahnhof Pfronten-Ried: Gesetzesänderung für Umsetzung nötig

Nun liegt die Antwort endlich vor – und sie bestätigt genau das Problem, auf das Stracke hingewiesen hat: Die 2023 eingeführten strengeren Regelungen zur Freistellung von Bahnbetriebsflächen führen zu erheblichen Schwierigkeiten für Kommunen. Eine gesetzliche Korrektur sei notwendig, so das Ministerium. Mit dem Regierungswechsel nach der Bundestagswahl ergibt sich laut Stracke nun aber die Chance, dieses Problem tatsächlich zu lösen.

Bereits im vergangenen Sommer war Stracke auf Bitten von Pfrontens Bürgermeister Alfons Haf nach Pfronten-Ried gekommen, um sich vor Ort ein Bild von der Situation zu machen. Die Gemeinde plant auf dem ehemaligen Bahnhofsgelände dringend benötigte Projekte wie Einrichtungen zur Gesundheits- und Altersvorsorge, eine Nahwärmeversorgung mit regenerativen Energieträgern sowie eine Mobilitätsdrehscheibe für den öffentlichen Nahverkehr. Die verschärfte Gesetzeslage blockierte jedoch die notwendige Freistellung der Flächen. Durch eine gesetzliche Änderung unter der Ampel-Koalition gilt aktuell pauschal, dass Bahnbetriebsflächen grundsätzlich im „überragenden öffentlichen Interesse“ stehen.

Geplante Nutzung faktisch unmöglich

Das bedeutet: Eine Freistellung ist nur möglich, wenn das kommunale Interesse nachweislich noch höher zu bewerten ist. „Das ist in der Praxis kaum darstellbar“, verdeutlicht Stracke. Die Gemeinde Pfronten stehe dadurch vor einer faktischen Unmöglichkeit, das Bahnhofsgelände für dringend benötigte Projekte zu nutzen. Stracke setzte sich für Pfronten ein: Er führte Gespräche mit der Deutschen Bahn, forderte einen zentralen Ansprechpartner für die Gemeinde und wandte sich in einem Schreiben direkt an Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing.

Darin machte er deutlich, dass Stadtentwicklungsprojekte von übergeordnetem öffentlichem Interesse sein können und deshalb als Freistellungsgrund anerkannt werden müssen. Andernfalls sei eine gesetzliche Klarstellung erforderlich, forderte der Allgäuer Bundestagsabgeordnete gegenüber Wissing. Die nun vorliegende Antwort des Ministeriums bestätigt Strackes Argumentation: „Nach derzeitiger Rechtslage kann eine Freistellung nur dann erfolgen, wenn das vom Antragsteller geltend gemachte Interesse gegenüber dem überragenden öffentlichen Interesse am Bahnbetriebszweck überwiegt. Dies kann zu nicht angemessenen Ergebnissen oder zu Härtefällen führen. Aus diesem Grunde hat die Bundesregierung eine gesetzliche Anpassung der Freistellungsvoraussetzungen angeregt“, heißt es in dem Schreiben.

Kritik und ein Funke Hoffnung

Stracke bewertet die Antwort als wichtiges Signal, kritisiert aber die lange Verzögerung: „Die Antwort aus dem Bundesverkehrsministerium hat sich über sieben Monate hingezogen – viel zu lange für eine Angelegenheit, die dringend einer Lösung bedarf. Nun bestätigt das Ministerium endlich, dass die Problematik besteht und eine gesetzliche Anpassung notwendig ist. Doch anstatt zu handeln, wurde die Entscheidung vertagt. Damit bleibt Pfronten weiter im Unklaren.“

Mit dem bevorstehenden Regierungswechsel sei es jetzt an der Zeit, die Blockade durch die Ampelkoalition in Berlin endlich zu beseitigen. „Mit einer unionsgeführten Bundesregierung besteht nun die Chance, diese Fehlentwicklung rasch zu korrigieren. Ich werde mich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die notwendigen Änderungen auf den Weg gebracht werden, damit die Weiterentwicklung der Bahnhofsumgebung in Pfronten nicht weiter blockiert wird“, so Stracke.

Mit dem Kreisbote-Newsletter täglich zum Feierabend oder mit der neuen „Kreisbote“-App immer aktuell über die wichtigsten Geschichten informiert.